

## **Stellungnahme GAS CONNECT AUSTRIA GmbH:**

**Verordnungsentwurf des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur Durchführung der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene (Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO)**

(Stand: 30. Oktober 2014)

## INHALT

Inhalt .....	2
1 Allgemein .....	3
2 Zum Entwurf im Detail .....	5
2.1 Definitionen .....	5
2.2 Ad. § 3 .....	6
2.3 Ad. § 4 .....	6
2.4 Ad. § 5 .....	7
2.5 Ad Anhang .....	7
3 Schlusswort.....	8

Zum Verordnungsentwurf des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur Durchführung der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene (Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO) nimmt GAS CONNECT AUSTRIA GmbH („GCA“) im Rahmen des Begutachtungsverfahrens binnen offener Frist Stellung wie folgt:

## **1 ALLGEMEIN**

Gleich eingangs soll fest gehalten werden, dass der Zeitpunkt des Vorstoßes der E-Control mit dem vorgelegten Verordnungsentwurf überrascht, zumal der Diskussionsprozess zu den Implementing Acts betreffend die EU-Verordnung Nr. 1227/2011 auf EU-Ebene weit fortgeschritten ist und zum Zweck der EU-weit harmonisierten Umsetzung der EU-Kommission entsprechende Durchführungsbefugnisse übertragen wurden (und nicht etwa, wie der nationale Verordnungsentwurf verkennt, den nationalen Regulierungsbehörden)<sup>1</sup>.

E-Control ist sich dieses Umstands offenbar bewusst und räumt – um auf der Hand liegende Bedenken der Meldepflichtigen betreffend vorhersehbarer Divergenzen von EU- und nationalen Vorschriften vorweg zu nehmen - ein<sup>2</sup>, dass nachträglich die überschießende nationale Verordnung wieder reduziert werden soll. Ob dies bei uneinheitlichen und möglicherweise nicht kompatiblen Datenformaten mit angemessenem Aufwand machbar ist darf jedoch bezweifelt werden. Insgesamt erschließt sich für uns die Sinnhaftigkeit einer solch hastigen, umständlichen und kostspieligen Vorgangsweise nicht.

Die rechtliche Zulässigkeit einer nationalen Verordnung, welche eine direkt anwendbare Durchführungsverordnung auf EU-Ebene ergänzt bzw. erläutert und/oder erweitert oder überhaupt neben einer solchen EU-Durchführungsverordnung besteht und angewendet wird, sei dahin gestellt, dass eine solche Vorgehensweise nicht zu einheitlichen Bedingungen führen kann ist selbstredend und dem gewählten Prozess immanent, nicht zuletzt mangels einheitlicher Datenformate dürfte der nachträgliche Anpassungsaufwand beträchtlich werden. Im Detail unterschiedlichen Bestrebungen nationaler und Europäischer Gremien gehen allerdings zu Lasten der heimischen Unternehmen, die dem Spannungsfeld der verschiedenen behördlichen Intentionen zunehmenden aber gerade nicht sauber abgestimmten Verpflichtungen ausgesetzt werden, deren Mehrwert fraglich ist.

Dies ist umso bedenklicher als es gerade zu den wichtigsten Zielen der EU-VO zählt die koordinierte Vorgangsweise von ACER, den nationalen Regulierungsbehörden sowie der Finanzbehörden<sup>3</sup> zu gewährleisten, sowie Doppelmeldungen und generell unnötige Bürden für die zur Meldung verpflichteten Unternehmen zu vermeiden um die Belastung für die Unternehmen – und damit indirekt die des Endkunden, der für diese Maßnahmen finanziell auf-

---

<sup>1</sup> EU-VO Nr. 1227/2011, EWG 19: „Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Vorschriften zur Datenerhebung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden [...]“

<sup>2</sup> Entwurf zu den Erläuternden Bemerkungen, 2. Absatz „

<sup>3</sup> Art. 1 Abs. 3 EU-Verordnung Nr. 1227/2011

kommen wird müssen - auf einem notwendigen Mindestniveau<sup>4</sup> zu halten, z. B. durch Nutzung bereits vorhandener Datensätze. Diese klare Ausrichtung der EU-VO bleibt im nationalen Verordnungsentwurf außen vor, vielmehr betont die Regulierungsbehörde im beigeschlossenen Entwurf der Erläuternden Bemerkungen, dass die nationale Vorgabe des Formates und der Daten als oberstes Prinzip unantastbar ist, da ansonsten die Vergleichbarkeit und der Schutz der Daten nicht gewährleistet ist<sup>5</sup>. Dies scheint ein weiterer Bruch mit der EU-VO zu sein. Wie dies bezüglich zu erwartenden Regelungen der österreichischen Regulierungsbehörde im Verhältnis zu einer allfällig anderslautenden späteren Vorgabe auf EU-Ebene unter dem Blickwinkel „Datenschutz“ zu sehen ist, bleibt ungeklärt. Auch ist zu erwarten, dass die nationalen Formate wie zum Beispiel MS CONS bei ACER überhaupt nicht vorgesehen sein werden, maW. kein ACER Format sein werden, womit die Vergleichbarkeit der nationalen Erhebungen mit jenen auf EU-Ebene von vornherein nicht gegeben sein wird. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Behörde letztendlich auf § 25a Abs. 2 E-ControlG besinnen und im Europäischen Gleichklang nichts unternehmen wird was zu Doppelmeldungen führen würde.

Um eine sinnvolle, einheitliche Umsetzung zu erreichen, bräuchte es kein Vorpreschen einzelner nationaler Regulierungsbehörden sondern die Diskussion auf EU-Ebene, welche ja auch intensiv geführt wird. Es gilt aus Fehlern, wie sie zum Beispiel bei der EMIR Implementierung passiert sind, zu lernen nicht sie zu wiederholen. Bekanntermaßen bestehen bei EMIR erhebliche Unklarheiten beim Zusammenführen der gemeldeten Transaktionen, die Gründe hierfür sind alles andere als banal. Die Tatsache, dass diese Diskussion Zeit braucht, liegt aber nicht nur in Komplexität der Materie sondern auch in dem Bemühen auf EU-Ebene, einen möglichst breiten und tragfähigen Konsens der Stakeholder zu erreichen, damit die Ziele der EU-VO, nämlich den Missbrauch von Insider Informationen auf den EU-Energiegroßhandelsmarkt hintan zu halten, effizient und punktgenau erreicht werden können, ohne dass den meldenden Unternehmen unnötige Kosten oder gar Wettbewerbsnachteile entstehen. Die Ziele der EU-VO, nämlich Prävention und Aufdecken von Marktmanipulationen, scheint aber völlig in den Hintergrund zu rücken. Der nationale Verordnungsentwurf erwähnt diese -eigentlich vorrangigen- Ziele mit keinem Wort.

Angesichts des Umfangs und Detaillierungsgrads des im Verordnungsentwurfs vorgeschlagenen Reportings, stellt sich letztendlich die Frage, was überhaupt noch von ACER überwacht werden kann (was nicht schon von der Regulierungsbehörde überwacht wird). Dies kann nicht der Intention der EU-VO entsprechen und auch nicht im Sinne der österreichischen Wirtschaft sein.

Letztere braucht vielmehr klare und nachvollziehbare gesetzliche Vorgaben, sowohl was die Qualität und Quantität der zu meldenden Daten, als auch die Meldepflichtigen selbst betrifft. Im Übrigen wäre es von Vorteil, wenn sich diese Vorgaben auf das Mindestmaß des Erfor-

---

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Erwägungsgrund 19 und 20 der EU-VO

<sup>5</sup> Vgl. Allgemeiner Teil zu den Draft EB, letzter Absatz

derlichen beschränkten, um die Kosten des Reportings, welche durch IT und Manpower hier wohl in beträchtlichem Ausmaß anfallen werden, sowie auch die Komplexität in einem überschaubaren Rahmen zu halten.

Nicht förderlich erscheint es in diesem Zusammenhang, durch die nationale Verordnung implementierte IT-Prozesse und interne Bearbeitungsabläufe durch die EU-Durchführungsverordnung nachträglich wieder an zu passen und damit die Kosten zu treiben.

Letztendlich erlaubt sich GCA fest zu halten, dass sie davon ausgeht, dass die für das Reporting anfallenden Kosten jedenfalls von der Regulierungsbehörde im Tarifverfahren/Aufrollung voll umfänglich zur Berücksichtigung gelangen.

## **2 ZUM ENTWURF IM DETAIL**

Einleitend ist fest zu halten, dass der Entwurf auf die durch das Gaswirtschaftsgesetz (GWG 2011 idgF) fest gelegten Rollen wie Fernleitungsnetzbetreiber, Marktgebietsmanager, Bilanzgruppenverantwortlicher, Systemnutzer etc. keinen Bezug nimmt. Im Einzelfall ist daher oft die Beurteilung schwierig, wann ein Unternehmen „Marktteilnehmer“ und damit meldepflichtig ist und wann nicht. Weiters erscheint das einheitliche Wording, ohne die Unterscheidung zu treffen, wann Strom- und wann Gasmarkt betroffen ist (oder beide), nicht günstig und kann im Einzelfall zu Missverständnissen führen. Darum regt GCA an die ansonsten stets übliche und bewährte Vorgehensweise beizubehalten und für den Strom und den Gasbereich verschiedene VO zu erlassen, womit die spartenspezifische Begrifflichkeit leichter einzuhalten wäre. Dies würde sowohl der gesetzlich gebotenen Bestimmtheit, welche unseres Erachtens nicht immer gegeben ist, als auch der operativ dringend benötigten Klarheit einen großen Dienst erweisen.

### **2.1 DEFINITIONEN**

Die Definition „Energiehandelsprodukt“ deckt sich nicht mit der Definition der EU-VO. Welche Tätigkeiten Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt i.S. der VO haben sollen wird nicht klar herausgearbeitet. Eine Aufgriffsschwelle, welche durch lit. a mit „unter 600 GWh pro Jahr und Standort“ eingezogen wird, ist zu begrüßen. Eine noch deutlichere Vereinfachung läge aber in einer Aufgriffsschwelle pro Geschäftsfall.

Auffallend ist, dass durch lit. b nun auch Verträge über den Speicherzugang umfasst sind, was die Frage nach der Notwendigkeit des Umfangs der angefragten Daten aufwirft, auf EU Ebene scheint man diese Notwendigkeit jedenfalls nicht wahrzunehmen.

„Marktteilnehmer“ man sollte klar stellen, dass der Marktgebietsmanager hier nicht umfasst ist, auch nicht, wenn er im Rahmen des Einkaufs von Ausgleichsenergie auf Namen und Rechnung der Bilanzgruppenmitglieder Aufträge erteilt. Es ist nämlich davon aus zu gehen,

dass die am Handel direkt als Vertragspartner beteiligten Unternehmen (Käufer-Verkäufer) ohnedies melden.

Die Definition „Energiegroßhandelsmarkt“ deckt sich nicht mit der Definition von „Energiegroßhandelsmarkt“ lt. EU-VO.

„Regelreserverprodukte“ diese Definition bezieht sich offensichtlich nur auf den Strommarkt; dies sollte in irgendeiner Weise klar zum Ausdruck kommen. Wie bereits erwähnt wäre es vorteilhaft eine eigene Gas VO zu schaffen, damit derlei Mängel gar nicht erst auftreten.

Die Definitionen „organisierter Markt“, „außerbörslich“, „gruppeninterner Vertrag“, „Standard-“, und „Nicht-Standardvertrag“ werden neu eingeführt. Dieser Umstand birgt das Risiko, dass es zu Divergenzen zur EU-VO kommt, welche zu Widersprüchen führen können und somit das eigentliche Ziel der Datenabfragen konterkarieren.

## **2.2 Ad. § 3**

Offensichtlich sollen die Marktteilnehmer jene gruppeninternen Transaktionen, welche an organisierten Märkten geschlossen werden, melden. Falls diese aber gleichzeitig vom organisierten Markt zu melden sind (siehe EU-VO), besteht die Gefahr von Doppelmeldungen. Diesbezüglich ist unbedingt für Klarheit zu sorgen indem auf eindeutige Weise festgelegt wird wer genau meldepflichtig wird

## **2.3 Ad. § 4**

Um den Aufwand für die meldepflichtigen Unternehmen auf ein Mindestmaß zu reduzieren – wie dies auch im Geiste der EU-VO vorgesehen ist - sollte hier festgelegt werden, dass bereits an anderer Stelle zu meldende Daten von der Meldepflicht ausgenommen sind (z. B. Daten, welche die Unternehmen an ACER, im Rahmen des ENTSOG Transparency Prozesses oder dgl. melden) und dass die Regulierungsbehörde u. a. bei der Festlegung von Formatverpflichtungen an bestehende Systeme von Reportingtools gebunden ist, wie es § 25a Abs 2 E-ControlG entspräche. Weiters sollte auch in der nationalen Verordnung die Vorgabe fest geschrieben werden, dass der Aufwand für die meldepflichtigen Unternehmen auf einem Mindestmaß zu halten ist und bei mehreren Realisierungsvarianten dem betroffenen Unternehmen die Wahl des gelindesten Mittels obliegt. Weiters sollte fest geschrieben werden, dass nur bereits vorhandene und dem Unternehmen verfügbare Daten von der Meldepflicht umfasst sind, damit die Meldepflichtigen nicht zur Recherche und damit weiterer Bindung von zusätzlichen Arbeitskräften verpflichtet sind.

Ad. Abs. 3 – Meldepflichten durch organisierte Märkte: die vorgesehene Regelung kann dann mit dem Territorialgrundsatz in Konflikt kommen, wenn der organisierte Markt nicht im Inland ist, d. h. eine österreichische Verordnung kann nie ein ausländisches Unternehmen verpflichten. Gerade deshalb wurde zu diesem Thema seitens der EU-Kommission, unter Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip, der harmonisierte Ansatz im Wege einer EU-Verordnung (Nr. 1227/2011) und Durchführungsrechtsakte auf europäischer Ebene gewählt

(siehe dazu unter „1 Allgemein“). Im vorliegenden Fall bleiben dann nur mehr österreichische „organisierte Märkte“ als Verpflichtungsadressaten der nationalen Verordnung, was im Ergebnis zu einer Benachteiligung inländischer Unternehmen im Vergleich zu sonstigen europäischen Unternehmen im EU-weit regulierten Gasmarkt führt.

Ad. Abs. 4 – Die Machbarkeit der Meldefristen kann erst bei Implementierung bzw. Erweiterung der erforderlichen IT-Prozesse und –tools abgeschätzt werden. Angesichts des doch sehr zeitnahen anvisierten Inkrafttretens können die Fristen derzeit als nicht realistisch betrachtet werden, bzw. müssen diese zumindest kritisch in Frage gestellt werden.

Ad Abs. 7 – Hier wird wiederum nicht zwischen Strom- und Gasmarkt unterschieden. Wie bereits in mehreren Gesprächen mit der Regulierungsbehörde fest gehalten, verfügt GCA als Marktgebietsmanager zwar über „bilanzgruppen-scharfe“ Allokationsdaten je Punkt, jedoch nicht wie in Tabelle 6 gefordert über die Aufteilung der Kapazitätsqualitäten (FZK, DZK). Daher erscheint eine solche Verpflichtung durch die Verordnung für den Bereich Gas nicht sinnvoll und es wird angeregt auch diesen Abs. zu streichen, bzw diesen in einer eigenen, gasspezifischen VO erst gar nicht vorzusehen.

## **2.4 Ad. § 5**

Wie unter „1 Allgemein“ bereits ausgeführt, trifft der Begutachtungsentwurf im Hinblick auf Europäisches Recht auf rechtliche Bedenken. Diese gelten insbesondere dafür, dass die nationale Verordnung zu einem Zeitpunkt (1. April 2015) in Kraft treten soll, zu dem auf europäischer Ebene ein harmonisierter Ansatz der Durchführung in voller Diskussion ist. Eine solche Vorgangsweise erscheint aus Sicht der GCA überdies nicht zielführend und fehleranfällig.

Weiters gibt GCA zu bedenken, dass ein Inkrafttreten bereits per April 2015 eine Ausschreibung der für die IT-Implementierung erforderlichen Services nicht mehr realistisch erscheinen lässt.

## **2.5 Ad ANHANG**

An dieser Stelle ist nochmals festzuhalten, dass eine konkrete Rollenaufteilung in Bezug auf die einzelnen Meldeverpflichtungen und auf das GWG schon im Hinblick auf das Bestimmtheitsgebot, vor allem aber i.S. der sinnhaften Umsetzung der VO unumgänglich ist. Es muss glasklar sein, nach welcher Tabelle Systemnutzer z. B. in der Rolle als Bilanzgruppenverantwortlicher oder als Fernleitungsnetzbetreiber, Marktgebietsmanager, etc. zu melden haben. Dies sollte zur besseren Bearbeitbarkeit am besten gleich in der Tabellenüberschrift zum Ausdruck kommen, wobei sich das Prinzip „1 Tabelle, 1 Melder“ dringend empfiehlt.

Weiters soll auch hier gelten, dass nur vorhandene/verfügbare Daten zu melden sind, die meldepflichtigen Unternehmen aber nicht zur zusätzlichen Recherche verpflichtet werden sollen.

Ad. Tabelle 4 – Feld Nr. 4 regelt die Option „H-Gas“ oder „L-Gas“. Liquified Natural Gas (L-Gas) von diesen Kategorien ist in Österreich nur eine vorhanden, die aber bisher gesetzestechnisch nicht in Erscheinung getreten ist. Zumal es sich um eine rein nationale VO handelt regen wir an diese Kategorisierung der Gasqualität wieder zu entfernen.

Feld Nr. 13 gibt als Option die Kapazitätskategorie „konditional (C)“ an. Diese Kapazitätskategorie gibt es in Österreich nicht, weshalb sie auch in der VO keinen Platz haben sollte.

Ad. Tabelle 6 – hier fehlen die Feld Nr. Bezeichnungen ad. (gedachtem) Feld Nr. 6 und 7: Unklar ist was mit „Auch für technische Kapazität zu verwenden“ gemeint ist. Ad (gedachtem) Feld Nr. 15 und 22: Die genannten Kapazitätsprodukte (insbesondere bFZK, BZK, ...) sind in Österreich nicht bekannt und sollten daher gestrichen werden.

### **3 SCHLUSSWORT**

Der vorliegende Entwurf erscheint an vielen Stellen unausgereift, so wird - obwohl es sich um eine rein nationale VO handelt - eine verwirrende, der österreichischen Gaswirtschaft teils völlig fremde und unpassende Terminologie verwendet.

Der Wortlaut des vorliegenden Entwurfs ist zum Teil derart unbestimmt, dass nicht einmal eindeutig nachvollziehbar ist wer überhaupt meldepflichtig sein soll; grundlegenden Definitionen, wie zB „Meldepflichtiger“ oder „Marktteilnehmer“ fehlt es an Präzision; unklar bleibt auch was genau unter dem Begriff „Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt“ zu verstehen sein soll.

Aus bereits gemachten Fehlern werden keine Lehren gezogen, so bietet der vorliegende VO-Entwurf keine Lösungsansätze für einheitliche Vertragskennungen, obwohl das EMIR „UTI Thema“ hinlänglich bekannt sein sollte.

Trotz gänzlich anderslautender Zielsetzungen auf Europäischer und nationaler Ebene wird es zu arbeitsintensiven, kostspieligen Doppelreportings kommen, welche mangels korrespondierender Datenformate letztendlich nicht vergleichbar sein werden.

Aufgrund der Tatsache, dass dieser Entwurf unter den gegebenen Rahmenbedingungen sowohl was den Zeitpunkt als auch den Inhalt betrifft höchst problematisch und darüberhinaus über weite Strecken sehr unklar ist ersuchen wir um Verständnis dafür, dass GCA nicht wie in gewohnter Weise Punkt für Punkt analysiert und inkl. Verbesserungsvorschlägen



kommentiert hat, sondern sich auf allgemeine Anmerkungen und Fragestellungen beschränkt hat.